

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 100.

Dresden, Montag den 4. Mai 1914.

25. Jahrg.

Aus mehreren Orten ist gemeldet, daß der Großgroßen Schaden angerichtet hat.

Die streifenden Rigas Arbeiter veranstalten große Straßendemonstrationen.

Am Epirus herrscht Mord. Die Albanier bemühen sich, Galatien zurückzuerobieren.

Zwischen den mexikanischen Rebellen, den Bundesstruppen und den Vereinigten Staaten ist in Waffenstillstand zustande gekommen.

Beracruz ist von einer Hungersnot bedroht.

Kapital und Wissenschaft.

Zu dem ideologischen Blunder, mit dem die Bourgeoisie die Blöße ihrer kapitalistischen Profitmacherei zu verdecken sucht, gehört mit an erster Stelle die akademische Freiheit. Die Mandarinen der bürgerlichen Wissenschaft hüllen sich feierlich in die toga „voraussetzungsloser“ Wissenschaft und werden nicht müde, das Soboleit der akademischen Lehr- und Lernfreiheit zu singen. Nun ist zwar von jeder die wissenschaftliche Freiheit mit ihnen getreten worden, wo es galt, sich unbecommene Querfront vom Hals zu schaffen. Seitdem man vollends den wichtigsten Teil des modernen Geisteslebens, den wissenschaftlichen Sozialismus, prinzipiell von allen Bildungstätigkeiten fern hält, ist jenes Wort von der akademischen Lehr- und Lernfreiheit zu noch eine verlogene Phrase. In dessen hat selbst der preussische Junkerstaat so gut es ging den höheren Anstand zu wahren und wenigstens den Schein wissenschaftlicher Freiheit an den Universitäten aufrecht zu erhalten gesucht. Um so skandalöser ist der Sozialismus, mit dem jetzt ein „liberales“ Hochschularium, das Kollegium der Kellerten der Berliner Kaufmannschaft, an deren Spitze der Reichspräsident Roeppel steht, mit der vielgerühmten Lehrfreiheit schändlicher treibt.

Als der Professor für Staatswissenschaften an der Berliner Handelshochschule, Dr. J. J. Jastrow, während der Osterferien auf Reisen war, trat ihn als Blick aus beiterem Himmel ein vom Amtsgericht angefertigtes Schriftstück, in dem ihm die Kellerten der Kaufmannschaft von Berlin ohne Verurteilung am 1. Oktober kündigen. Dieser Fall der Kündigung eines Professors hat denn doch einzig da. Mit Recht gilt die Unkündigung als eine wesentliche Voraussetzung wissenschaftlicher Freiheit und es ist den liberalen Krämerkellen in Berlin vorbehalten geblieben, an reaktionärem Gebaren noch die preussischen Junker zu übertreffen. Nichts kann für sie vernichtender sein als folgende Ausführungen der Deutschen Tageszeitung:

In aller Deutlichkeit muß, wie auch im einzelnen die Umstände des Falles Jastrow liegen mögen, ausgesprochen werden, daß die akademische Lehrfreiheit schmerzlichen Schaden nehmen muß, wenn der Verhängnisvolle eines Hochschullehrers durch die Form einer Kündigung ein Ziel gesetzt werden kann. Hier liegt ein im akademischen Leben Preussens bisher wohl kaum zu verzeichnender Mißstand vor und es ist überaus bezeichnend, daß dieses Vorgehen von einer freien Hochschulebehörde ausgeht, deren verantwortliche Leiter durchweg und ausgesprochenemmaßen dem politischen Liberalismus angehängt.

Dabei haben die Berliner Pfefferkuchen durchaus keine Veranlassung, an „ihren“ Professor „vornehm“ zu handeln. Die B. S. a. W. schreibt:

Unbunt zu ernten scheint das Schicksal Professor Jastrows zu sein. Vor Jahren wurde die von ihm geschaffene Form der Arbeitsmarktschicht unter Aufsicht des Reichsbehörden eskamotiert. Jastrow schuf in der Zeitschrift Der Arbeitsmarkt eine wertvolle Zentralstelle für Arbeitsnachweise, als nicht zuletzt durch diese Hilfe der Verband der Arbeitsnachweise sich kräftig entwickelte hatte, kündigte dieser wieder unter Aufsicht Jastrows eine eigene Zeitschrift. Nun kommt der Fall der Kellerten der Kaufmannschaft hinzu. Dieses Kollegium verbannt Jastrow nicht nur die Organisationsarbeit bei Gründung der Handelshochschule, sondern auch den Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie, der Jahresbericht der Kellerten, auf dessen führende Stellung sie mit Recht stolz sind, ist in seiner heutigen Form im wesentlichen eine Schöpfung Jastrows aus der Zeit seiner Tätigkeit als volkswirtschaftlicher Leiter der Kellerten.

Natürlich weisen die Kellerten im Tone untadeliger Niedermänner mit Entrüstung zurück, daß sie durch die Kündigung die akademische Lehrfreiheit haben ankaufen wollen, und es ist für den Liberalismus höchst bezeichnend, daß ihnen das Berliner Tageblatt bei diesem verzweifelten Beginnen beifolgt. Sie erklären, daß durch die Kündigung lediglich neue Verhandlungen über das Anstellungsverhältnis des Professors Jastrow herbeigeführt werden sollten. Des Pudels Kern enthält aber die Frankfurter Zeitung, indem sie ausführt:

Es bestand bei Gründung der Berliner Handelshochschule ursprünglich der Plan, ähnlich wie in Köln und jetzt in München, keinen von den Professoren gewählten Rektor, sondern einen von den Kellerten ernannten Direktor an die Spitze der neuen Anstalt zu stellen. Der hauptsächlichste Vertreter dieser Idee war der juristische Syndikus der Kellerten, Professor Apt, der selbst die Stellung eines Verwaltungsdirektors für sich anstrebte. Erst im letzten Stadium der Vorbereitungen trat Jastrow als Gegner dieser Vorhaben hervor, und da er sich gleichzeitig, dank seinem

großen organisatorischen Talent, eminenten Verdienste um die kommende Hochschule erworb, so wurde er zum ersten Rektor erwählt. Er hat in dieser Amtsperiode Außerordentliches geleistet. Man wird nun nicht fehlgehen, wenn man in Professor Apt eine treibende Kraft in der Affäre Jastrow sieht, denn er ist heute nach dem Ausscheiden Jastrows aus dem Beamtenkörper der Kellerten dort der einflussreichste Mann.

Kein Zweifel also, daß man die unbecommene liberalen Traditionen der akademischen Selbstverwaltung brechen und die Verwaltung der Hochschule in die Hände eines „zuverlässigen“ machtlustigen Strebers legen will. Deshalb muß Jastrow weichen. Auch sonst hat sich der „liberale“ Geist schon prächtig offenbart. Wir lesen in der B. S. a. W.:

Man hat Dozenten-Vorstände für Neubefugungen wiederholt gering geschätzt. Man hat an die Stelle des im Hochschulwesen üblichen Vorstandsrechts des Dozentenkollegiums ein System gesetzt, nach dem ein vom Rektorsamt erwählter einzelner Kandidat dem Kollegium zur Genehmigung vorgeschlagen wurde. Man hat endlich, wie z. B. im jüngsten Falle der Berufung des Herrn Dr. Ehlen aus Jülich, das Dozentenkollegium überhaupt nicht gehört.

Die Kollegen des Professors Jastrow treten selbstverständlich für diesen ein, sprechen von „einem im deutschen akademischen Leben unerhörten Mißstand“, und kämpfen um ihre Würde und Lehrfreiheit. Auch die Studenten beginnen sich zu regen und planen sogar einen „Demonstrationsstreik“.

So weit dürfte es indes faum kommen. Man wird dem beleidigten Professor eine Genugtuung gewähren, dem allzu strebligen Syndikus vielleicht einen Dämpfer aufsetzen und die gesunde akademische Freiheit durch platonische Liebeserklärungen so gut es geht reparieren. Es wird indessen Sache des Proletariats sein, sich den Fall Jastrow zu merken und ihn der heuchlerischen Bourgeoisie dann unter die Nase zu reiben, wenn sie sich gegenüber „sozialdemokratischer Parteiwissenschaft“ auf das hohe Ross ihrer auf freier wissenschaftlicher Forschung beruhenden „voraussetzungslosen“ Wissenschaft zu schwingen wagt.

Einen wirklichen Inhalt hatte der Begriff der akademischen Lehr- und Lernfreiheit nur in den jungen revolutionären Tagen der Bourgeoisie, als sie die nötige Selbstgenügsamkeit brauchte, um den geistigen Kampf gegen die ideologischen Spinnweben des Feudalismus zu führen. Alle Vorkämpfer der bürgerlichen Emanzipation, die Hütten, Schleiermacher, Humboldt... waren deshalb begeisterte Vorkämpfer der akademischen Lehr- und Lernfreiheit. Nun werden sie freilich im Irrtum, wenn sie glauben, die Beförderer einer allgemein menschlichen, für alle Zeiten und Klassen gültigen Bildung zu sein. Sie übersehen, daß auch sie nur die Träger einer Klassenideologie waren und sein konnten. Immerhin diente dieser Irrtum dem geschichtlichen Fortschritt und hat nicht wenig dazu beigetragen, den Spuk des Mittelalters zu verhauchen. Der Klassencharakter auch der Bildung der Bourgeoisie zeigte sich freilich sofort, als sie zur politischen Macht gelangte und nun mit den alten feudalen Mächten gemeinsame Sache machte gegen die emporkommenden proletarischen Massen. Seit der Zeit Krons ist es mit dem Jugendtraum der akademischen Freiheit nicht immer vorbei. Die Bourgeoisie bringt jedoch nicht die innere Wahrhaftigkeit auf, die alte Jugenddriftung abzulegen, sondern kollektiert erst recht in dem verschlossenen Blunder einher und spreizt sich mit ihm gegenüber den sozialistischen Theoretikern, die ehrlich bekennen, nur eine Klassenbildung zu vertreten, die freilich dazu berufen ist, einst allgemein menschliche Bildung zu werden. So ist denn das Wort von der akademischen Lehr- und Lernfreiheit aus einem Irrtum zu einer widerlichen Heuchelei geworden, und darauf erneut hingewiesen zu haben, ist das Verdienst des Schulbürgerreichs der Berliner „Kellerten“.

Regierungsgelder für die Gelben.

Vor einiger Zeit brachte der nationalliberale Deutsche Kurier die folgenden erregende Meldung, daß die gelben Organisationen von der Regierung aus öffentlichen Mitteln unterstützt würden. Eine vom Förderungsausschuß der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung erlassene und von dessen Vorsitzenden Generalmajor z. D. v. Loebel unterzeichnete Berichterstattung erklärte jedoch, die Behauptungen des nationalliberalen Blattes seien „nach jeder Richtung hin unzutreffend“.

Der Deutsche Kurier kommt jetzt auf die Angelegenheit zurück. Er hält seine Behauptungen nicht nur aufrecht, sondern verschärft sie sogar noch durch geradezu ungeheuerliche Mitteilungen. Er schreibt:

Die Veranlassung ist selber unzutreffend. Die preussische Staatsregierung überhaupt hat zu unleserlicher Gekrümmtheit. Die gelben Organisationen, auf die in unserer letzten Besprechung hinwiesen, fanden im November 1913 und im Dezember 1913 im Abgeordnetenhaus statt... Die Konferenzen trugen einen durchaus die Standesorganisationen (auch die christlich-nationalen Gewerkschaften) absehnenden Charakter. Nur die „Wirtschaftsfriedlichen“, die sich durch einen ihrer Förderer an der Beratung beteiligten, wurden bedingungslos empfohlen. Tatsache ist ferner, daß wiederholt und nachdrücklich Staatsmittel gefordert wurden. Es ist nach unserer Kenntnis der Dinge eigentlich unmöglich, zu behaupten, daß die sogenannte gelbe Bewegung aus öffentlichen Mitteln gefördert wird. Natürlich erfolgt diese Förderung auf im-

direktem Wege in verschiedenster Form. So z. B. erhält der Hauptauschuß der „Wirtschaftsfriedlichen“ jährlich

15 000 M. aus Mitteln der öffentlich-rechtlichen Versicherung über deren Zusammenhang mit staatlichen Organisationen hier wohl Näheres nicht ausgeführt zu werden braucht...

Der „gelbe“ Bund der Militärhandwerker (Spandau) erhielt unter dem Titel „Zuschuß zu Fortbildungskursen“ Mittel von der Heeresverwaltung. Dieser Zuschuß war bereits im Reichstage Gegenstand der Kritik... Der Titel „Sozialjahrspflanze“ im Heeresetat 1914 ist im Vorschlag um 9800 M. erhöht. Ueber diese Erhöhung wird im Reichstage noch näher zu reden sein.

Der auf gelbem Boden stehende Leipziger Stall-Schweizerbund bezieht für seine Stellenvermittlungszwecke in Sachsen und Preußen Subventionen aus öffentlichen Mitteln, besonders auch von verschiedenen Landwirtschaftskammern. Der preussische Etat sieht für Rechtsauskunftswesen, Arbeitsvermittlung usw. mehrere Millionen Mark vor... Die Mittel für den in dem Schreiben des Salzweidener Landrats erwähnten „Arbeitssekretär“, der die „gelbe“ Bewegung zu fördern hat, dürften zum wesentlichen Teil aus dem Fonds für gemeinnützige Rechtsauskunft fließen.

Ein System der Korruption ist aufgedeckt, wie es schimmernd nicht gedacht werden kann!

Nicht genug, daß die gelben Arbeiterzerpflücker die weitestgehende Unterstützung der Unternehmer finden, für die sie doch arbeiten, auch der Staat nimmt durch Gewährung von Subsidien in den wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart in einseitigster Weise für die Schutztruppe des Unternehmertums Partei.

Aus hundert verborgenen Röhren strömen den gelben Organisationsführern die Gelder zu, mit denen sie die Sache des Arbeiterbetrugs betreiben.

Das Tollste an den Mitteilungen des Deutschen Kuriers ist aber die Feststellung, daß auch die

öffentlich-rechtliche Versicherung

zu den geheimen Geldgebern der Gelben gehört.

Die von den agrarischen Landkassen gegründete, vom Generallandschaftsdirektor Geheimrat Rapp geleitete öffentlich-rechtliche Versicherung steht bekanntlich in schärfstem Konkurrenzkampf mit der genossenschaftlichen „Volksfürsorge“. Derselbe Herr Rapp, der gegen die „Volksfürsorge“ die beweislose Beschuldigung schleudert, sie werde in Zukunft ihre Gelder sozialdemokratischen Parteizwecken dienlich machen, und der sich dann durch Hinweis auf seine Beamtenqualifikation der Verantwortung zu entziehen sucht — derselbe Herr Rapp unterstützt aus Geldern der öffentlich-rechtlichen Versicherung die antisozialdemokratische, gewerkschaftsfeindliche gelbe Hege!

Das ist ein Stück preussisches System. Was man selber ungeheuer tut, dessen bezichtigt man den Gegner und um dessen willen verfolgt man ihn.

Die letzte Ausgeburt dieses Systems der Heuchelei sind die gelben Organisationen. Ihr Geld kriegen sie von der Regierung, ihre Mitglieder pressen sie durch den Druck der Unternehmer. Sie befinden sich in doppelter Abhängigkeit von allen Mächten, die den Arbeitern feindlich sind. Sie, die „Wirtschaftsfriedlichen“, sollen den Kampf in die Arbeiterklasse selbst tragen, damit den Mächtigen der Friede ihrer Herrschaft und die Sorglosigkeit ihres Reichtums erhalten bleiben.

Die Gelder und Ehrenmänner, die die Arbeiterklasse „von dem Druck der sozialdemokratischen Herrschaft“ erlösen wollen, sind erlarvt als die beglihten Agenten der preussischen Polizeiregierung.

Der italienische Parteitag.

Von unserem Korrespondenten.

14. Rom, 2. Mai 1914.

Vom 26. bis 29. April haben in Ancona die Delegierten der italienischen Partei getagt und Beschlüsse gefaßt. Von den vierstägigen Verhandlungen, zu denen etwa 700 Genossen delegiert waren, verdienen vor allem drei Punkte hervorgehoben zu werden: die starke Betonung der internationalen Brüderlichkeit, die Ausschließung einer neuen Gruppe von Sozialisten aus der Partei und die Verwerfung jeder Bündnispolitik bei den kommunalen Wahlen.

Den lebhaftesten herzlichen Ton internationaler Solidarität brachte die Anwesenheit dreier auswärtiger Delegierten, des österreichischen Abgeordneten Genossen Ebenbogen, des Kreisleiters Pittioni und des Genossen Statula vom Prato Lido in Prag.

Ein wesentlicher Punkt der Tagesordnung bezieht sich auf eine Frage, die die meisten mitteleuropäischen Parteien, vor allem die Deutschlands und Österreich-Ungarns, so gut wie gar nicht interessiert: die Frage der Beziehung zum Freimaurertum.

Bekanntlich hat in Italien der Freimaurerorden während der bürgerlichen Revolution und der Einigungskämpfe des Landes eine große Rolle gespielt. Heute bezieht er als Vereinigung fort, die ihren Mitgliedern kein politisches Glaubensbekenntnis abfordert, und namentlich durch Hebung der Volksbildung und Bekämpfung des Merkantilismus allgemeine Menschheitsdienste zu verwirklichen strebt. Natürlich steht der Freimaurerorden nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, wie er ja überhaupt keinen Kampfweg, sondern der Verkörperung philosophischer Bildung und der gegenseitigen Hilfeleistung dient. Andrea Costa und viele unserer älteren Parteigenossen waren und sind Freimaurer. Eine Komposition gegen die gleichzeitige Zugehörigkeit zu beiden Organisationen hat in Italien vor etwa neun Jahren eingeleitet, wobei man den Freimaurern den Vorwurf machte, Streber zu sein und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien zu begünstigen. Die Aus-